Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen alle örtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Preis vierteljährlich hier und Bezugslohn M. 12.— auswärts 12.45 einschl. der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 50 Pfg., bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag von W. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr dafür übernommen, daß Anzeigen aber Anzeigen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold

Postscheckkonto: Stuttgart 5113

Nr. 119 — Donnerstag den 26. Mai 1921 — 95. Jahrgang

Die deutsche Papiergeldwirtschaft und die Reichsbank.

Bekanntlich war es seither, d. h. sicher wenigstens bis vor dem Krieg, im deutschen Reich Gepflogenheit, die Herausgabe von Banknoten immer durch einen Goldbestand von ganz bestimmter Höhe, der aber mindestens ein Drittel des hergestellten Papiergeldes ausmachen mußte, zu decken. Dieser alte Grundsatz der Dritteldeckung war im Krieg allerdings nur äußerlich beibehalten worden.

Nunmehr ging kürzlich durch die Presse die Nachricht, man wolle, vorläufig auf die Dauer von 4 Jahren, von dieser Deckung absehen. Das hat zunächst die eine gefährliche Folge, daß die Banknoten, die durch die Goldwährung nicht mehr gesichert sind, in hohem Grad entwertet werden. Schließlich hat unsere Valuta den Schaden davon. Aber über den Schutz der Währung hinaus hatte das jeweilige Deckungsverhältnis noch eine andere eigenartige Bedeutung.

Die Reichsbank stand auch im Mittelpunkt des Kreditverkehrs. Dieser stand seinerseits mit der Entwicklung der Gütererzeugung und Güterumsätze in engstem Zusammenhange. Infolge der Durchwirkung des modernen Wirtschaftslebens mit Kreditbeziehungen bedeutet jede Erweiterung oder Einschränkung der Produktion vermehrte oder verminderte Kreditinanspruchnahme. Vermehrte Umsätze bedeuten aber vermehrten Bargeldbedarf. Bargeld war aber in größeren Mengen — sei es in Form von Münzen oder von Noten — nur bei der Zentralnotenbank erhältlich. So wirkte jede Welle der allgemeinen Wirtschaftsbewegung direkt oder durch Vermittlung der übrigen Banken auf die Reichsbank zurück. In ihrem Status spiegelte sich die Konjunktur.

Jede Hochkonjunktur bedeutete für die Reichsbank eine starke Belastungsprobe. Sie nagte an den Goldreserven durch Entnahme von Goldmünzen und erhöhte zugleich den Notenumlauf. Das Deckungsverhältnis wurde daher stark verschlechtert, und die Bank sah sich genötigt, zum Schutze ihrer Goldreserven zur Abwehr der allzu großen Kreditansprüche zu schreiten. Das gegebene Mittel dazu war die Verteuerung des Kredits, die Erhöhung des Diskontzinsfußes. Die Diskonterhöhung hatte aber zumeist, außer dem Schutze der Goldwährung noch einen weiteren und nicht minder wichtigen Zweck. Die Reichsbank trug auch Sorge für eine gesunde Entwicklung des Kreditwesens. Gingen die Wogen der Spekulation sehr hoch, so suchte sie mittels der Diskontschraube dämpfend einzuwirken. Sie wurde somit Trägerin einer allgemeinen Konjunkturpolitik u. konnte diese Aufgabe um so mehr erfüllen, weil die übrigen Banken mit ihren zinspolitischen Maßnahmen der Zentralbank zumeist nachzogen. Der Status der Reichsbank war daher von allergrößter Bedeutung für jedes einzelne Unternehmen wie für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben. Die Verschlechterung der Deckungsziffer deutete auf eine baldige Verteuerung des Kredits, unter Umständen sogar auf einen bevorstehenden Rückschlag der gesamten Konjunktur hin. Das Verhältnis der Goldreserve zu dem Notenumlauf und zu den sonstigen gleich fälligen Verbindlichkeiten u. der davon abhängige Reichsbankdiskont waren die wichtigsten Konjunktursymptome in Deutschland.

Mit dem Ausbruch des Krieges änderte sich dies alles, wie erwähnt, grundlegend. Es wurde zwar die Dritteldeckung äußerlich beibehalten, doch mußte die Barreserve nicht mehr hauptsächlich aus Gold bestehen. Das neugeschaffene Zettelgeld, die durch die Darlehenskassen ausgegebenen Scheine, konnten nun auch in die Notendeckung eingerechnet werden. Die eine Art Papiergeld wurde also zum Teil durch die andere Papiergeldart gedeckt. Nicht minder bedeutungsvoll wurde die Bestimmung, daß Wechsel des Reiches, die sogen. Schatzwechsel, als Unterlage der Notenausgabe zugelassen werden, während vorher bloß private Geschäftswechsel neben der Barreserve zur Notendeckung zählen durften. Da die Inanspruchnahme der Reichsbank zu geschäftlichen Zwecken infolge der kriegswirtschaftlichen Entwicklung nahezu vollständig wegfiel, so hörte bald die Berührung mit der Geschäftswelt, mit dem Wirtschaftsleben, auf. Die Zentralbank wurde ein Finanzierungsinstitut des Reiches, in ihrem Status spiegelte sich nur die Verschuldung des letzteren. Mit diesem Rollenwechsel verschob sich vollständig die Bedeutung der Reichsbank und die Bedeutung deren Ausweise, die vorherige höchste konjunkturpolitische Stelle, die jede überhitzte Spekulation in Waren und Effekten zu ersticken suchte, wurde als Hauptträgerin der Geldvermehrung zur unmittelbaren Quelle der unausgesetzten maßlosen Preissteigerungen, der ganzen papiernen Scheinkonjunktur. Welches Maß die Aufblähung der Bankmittel erreicht hat, verdeutlichen folgende Zahlen. Ende 1913 erreichte der Wechselbestand die Höhe von rund 1,5 Milliarden, der Notenumlauf betrug 2,6, der Depositenbestand 0,8 Milliarden. Die Wechselunterlagen belaufen sich heute auf 59 Milliarden, der Notenumlauf auf 68, die Depositen auf 20 Milliarden.

In einem gewissen Sinne sind die Ausweise der Reichsbank auch jetzt ein Symptom der Konjunktur. Da die Notenpresse einen wichtigen Faktor der Preisbildung abgibt, so kann von ihr eine Scheinkonjunktur ausgehen, wie dies bereits angedeutet wurde. Die fortdauernde Geldvermehrung hat es zum Beispiel während der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres verhindert, daß die Preissturzwelle des Weltmarktes auch nach Deutschland hinüberschlug. Der Schutz, den das Weitergreifen der Geldentwertung bietet, ist aber recht gefährlicher Natur, weil bei einer nachträglichen Besserung der Valuta und Hebung des Geldwertes der Preissturz und die Krise um so unvermittelter hereinbrechen.

Englische Politik.

Das Hauptaugenmerk der englischen Politik ist zur Zeit einerseits zwar auf Deutschland gerichtet, aber doch wohl nicht so sehr wie man bei uns anzunehmen geneigt ist, denn England hat gegenwärtig noch andere Sorgen, die ihm nicht weniger, eher mehr, zu schaffen machen. Sie sind vorwiegend innenpolitischer und wirtschaftlicher Art.

Soweit die Außenpolitik gegenwärtig eine Rolle spielt, so begnügt man sich, mit Frankreich, mit dem man eine kleine Auseinandersetzung gehabt hat, wieder ins Reine zu kommen. Und das ist ja eigentlich schon wieder der Fall. Wäre Briand sonst so ruhig und befriedigt? Und was hat es mit der gestern gemeldeten Geheimkonferenz des Engländers mit dem Franzosen für eine Bewandtnis? Der englische Premierminister soll sich Frankreich stärker verpflichtet haben, als aus den amtlichen Auslassungen zu entnehmen ist. Nun man kann es niemand übel nehmen, wenn er Anschluß an die sucht, die gemeinsame Interessen mit ihm haben oder die, wenn er sich nicht gut mit ihnen stellt, ihm schaden können. Aber wie gesagt, diese Fragen stehen mehr am Rand des Gesichtsfelds. Auch die Kriegsschuld und mit ihr die Reparationsfrage. Der Engländer ist Geschäftsmann, ist Handelsmann und der Handelsmann in ihm fühlt sich zur Zeit nicht wohl daran. Ueber seiner Stirne lagert resignierte Müdigkeit und er sehnt sich nach geordneten Verhältnissen. So, wenn Cecil erklärt: „Ich bin nicht für Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland und niemand bei uns; wir alle wissen, daß durch eine Rachepolitik kein neuer Wohlstand erzeugt werden kann. Wir sind alle der Unruhen müde und versuchen, eine Regelung zu finden, wenn sie auch zunächst hart sein sollte".

Dieses englische Streben ist sehr verständlich aus der schlechten Geschäftslage und der Absatzkrise. Es verdient aber Beachtung, daß England sehr zielbewußt daran arbeitet, durch Verbilligung seiner Erzeugnisse auf dem Weltmarkt wieder wettbewerbsfähig zu werden. Zu dem Zweck nimmt es bereits einen Abbau der Löhne vor, der sich im Verhältnis der gesunkenen Lebensmittelpreise bewegt. Und wir meinen, man kann sagen, daß auch der Krach im Bergbau nur eine Teilerscheinung dieses großen Krieges ist. Ganz besonders aber kommt das zum Ausdruck in der freilich auch vor dem Krieg nie überflügelten riesenhaften Industrie der Baumwollspinnereien. Dort waren die Löhne während des Kriegs bis auf 246 v. H. gestiegen. Heute sind sie, wie wir einer holländischen Quelle entnehmen, nur noch 80—86 über dem Friedensstand. Da die geschützte englische Industrie gegenüber der sehr hochbelasteten deutschen bereits natürliche Vorteile genießt, kann in absehbarer Zeit England von Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland absehen, weil es an und für sich schon billiger erzeugen wird als die mit gewaltigen Abgaben belastete Volkswirtschaft. Würde heute bereits dieser Fall eingetreten sein, dann wäre Englands Bevölkerung noch mehr einem Frieden geneigt, als sie es ohnehin schon ist. Denn ein solcher Frieden wird stets von anderen bezahlt. Aber neben dieser Arbeiterfrage lastet noch das Verhältnis zu Irland auf der britischen Seele, bezw. auf dem britischen Handel. Denn was man feststellen muß: die passive Resistenz der unterdrückten Irländer, die in einem vollständigen Boykott gegen die englischen Waren zum Ausdruck kam, hat die englischen Kaufleute gegen die Politik der Regierung bedenklich gemacht.

Das Ergebnis der jetzt eben im Gang befindlichen Wahlen für die beiden irischen Parlamente wird mit Spannung erwartet. Während diesem allem steht Lloyd George am Ruder des englischen Staatsschiffes. Er lächelt schlau und vergnügt. Bisweilen sucht er ein Sphynxgesicht aufzusetzen, bisweilen scheint er 2 Gesichter zu haben. Dann wissen wir manchmal nicht, welches sein eigenes und eigentliches ist. Aber das wissen wir: daß er ein Staatsmann ist und daß er weiß, was er will.

K. R.

Bündnis der baltischen Randstaaten.

ABC. Aus Reval wird geschrieben:

Schon ein Jahr wird in den baltischen Randstaaten an dem Plan eines engeren Bündnisses zwischen den baltischen Staaten gearbeitet. Es wurde ursprünglich geplant, ein Bündnis zwischen allen westlichen, auf dem russischen Boden entstandenen Staaten, herbeizuführen. Da aber Finnland für ein solches Bündnis geringe Sympathien an den Tag legte, wie das schwedische Blatt „Dagens Nyheter" neulich berichtete, angeblich auf einen Wink Schwedens hin, und da zwischen Polen und den übrigen Nachbarstaaten gewisse Reibungen herrschten, schien die Idee einer baltischen Konföderation nicht realisierbar zu sein. Finnland und Polen fielen also aus dem geplanten Bündnis aus.

Jetzt hat man aber den alten Plan wieder aufgenommen, schon ohne Finnland und Polen. Wie das Revaler estnische offiziöse Organ „Waba Maa" berichtet, weilte kürzlich der litauische Außenminister Purickis in Reval, um die in Litauen ausgearbeiteten Projekte einer Konföderation zwischen Litauen, Estland und Lettland zu besprechen. Bis jetzt werden die Ergebnisse der Besprechung als befriedigend bezeichnet. Purickis hat in Reval die Pressevertreter empfangen und hat ihnen erklärt, daß das Ziel des geplanten Bündnisses lediglich einen defensiven Charakter gegen Rußland einerseits und gegen Deutschland (?) andererseits trage. Um ein Zusammengehen der gesamten baltischen Presse in dieser Frage zu erwirken, plant der Verband der litauischen Presse einen Kongreß der estnisch-litauischen Pressevertreter in Kowno einzuberufen. Darauf bezügliche Einladungen sind der Konferenz der estnischen Presse in Reval übergeben worden. Der Zeitpunkt der gesamten Konferenz ist laut Mitteilungen bis jetzt noch nicht festgesetzt worden. Man nimmt aber an, daß sie im Juni stattfinden wird, sobald die Vorarbeiten soweit vorgeschritten sind, daß die Verhandlungen beginnen können.

Briand über Oberschlesien.

Paris, 25. Mai. In der gestrigen Kammersitzung wurde die Beratung über die auswärtige Politik der Regierung fortgesetzt. Ministerpräsident Briand erklärte: Während der Beratungen über den Friedensvertrag hat eine interalliierte Kommission die oberschlesische Frage geprüft und diese ist einstimmig zu dem Entschluß gekommen, Oberschlesien Polen zuzusprechen. Auf Gegenvorschläge Deutschlands hin hat der Oberste Rat den Interessen Polens entgegen eine Volksabstimmung zugelassen, um das Recht Polens zu rechtfertigen. Bei der Abstimmung aber haben 180 000 in Oberschlesien geborene Deutsche mitgestimmt. Frankreich hat niemals die Absicht gehabt, Polen Gebiete zuzuteilen, die den Deutschen zugesprochen werden müssen. Nach dieser Richtung hin sei er mit dem englischen Premierminister einig. Oberschlesien sei niemals als rein deutsches Land angesprochen worden. Es wäre keine gerechte Abstimmung, wenn man eine Unterscheidung machen wollte zwischen armen und reichen Gebieten, zwischen den Stimmen der polnischen Arbeiter und der der reichen Deutschen.

Briand ging alsdann auf den Ursprung der Unruhen ein und sagte, die Polen seien erregt gewesen, weil sie geglaubt hätten, sie könnten das Opfer getroffener Abkommen sein. Im übrigen sei ja jetzt der Kampf eingestellt, die Ruhe im Gebiet wieder hergestellt. Der deutsche Selbstschutz müsse entwaffnet werden. Uebergehend auf den neuen Reichskanzler sagte er, er danke heute aufrichtig, daß Dr. Wirth, der sich auf eine andere Mehrheit stütze als die letzte Regierung, bis jetzt Beweise einer großen Aufrichtigkeit und einer großen Loyalität gegeben habe. Dr. Wirth habe nicht nur Verpflichtungen übernommen, sondern auch begonnen, sie auszuführen. Vielleicht habe er die Macht, die es ihm gestatte, Vertrauen zu haben.

Briand sagte alsdann, er habe seine Politik erläutert; er übernehme seine Verantwortlichkeit. Die Kammer müsse die ihrige übernehmen. Eine andere Politik wolle er nicht mitmachen ohne zwingende Notwendigkeit.

Nach einer Schilderung der Verhandlungen von London unterstreicht Briand die großen Anstrengungen der Belgier, um zu dem Ergebnis von London zu gelangen. Er wäre stärker beklatscht worden, wenn er das Ruhrgebiet besetzt hätte. Aber diese Art der Popularität habe er niemals gesucht. (Beifall links und in der Mitte. Auf der rechten Seite wird Briand lebhaft unterbrochen, was Proteste von links hervorruft.) Briand fordert seine Kollegen auf, zwischen den beiden Arten von Politik zu wählen.

Dann fuhr er fort, es sei ihm bis jetzt gelungen, die Einigkeit unter den Alliierten aufrecht zu erhalten. Er sei sicher, daß ihm das auch morgen gelingen werde, selbst in der Frage von Oberschlesien. Man habe nicht das Recht, zu vergessen, daß England sich im August 1914 erhoben habe, um an Frankreichs Seite zu treten und daß die Amerikaner das Meer überschritten hätten, um durch ihr Heer Frankreich beizustehen. Man müsse unermüdlich daran arbeiten, die Einigkeit in der Welt aufrecht zu erhalten, aber nicht im Interesse Frankreichs, denn das britische Volk habe die gleichen Interessen wie das französische. Kein Volk könne mehr isoliert leben. Die parlamentarischen Institutionen gestatteten jedem, seine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Man könne nicht glauben, daß die Stunde Frankreichs schon vorübergegangen sei, wenn man an die augenblicklichen Streitkräfte am Rhein denke. Er steige von der Tribüne herab, indem er sage, die Lage Frankreichs sei weit davon entfernt, schlecht zu sein. Die Stimme Frankreichs sei gehört worden und überall in Amerika und in England besonders würdige man die Festigkeit und die Mäßigung Frankreichs. Deshalb werde er, solange er an der Spitze der Regierung stehe, nicht auf die Politik der Festigkeit und Mäßigung verzichten. (Lebhafter Beifall in der Mitte u. auf der Linken sowie auf einigen Bänken rechts und auf der äußersten Linken.) Die Sitzung wurde für einige Zeit unterbrochen.

•

Polnisches Ultimatum an Deutschland.

Paris, 25. Mai. Wie die S.-H. meldet, hat der Warschauer Kurier Andeutungen gemacht, wonach die polnische

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Regierung an die deutsche Regierung die Aufforderung gerichtet habe, alle in Oberschlesien sich befindlichen deutschen Freiwilligen bis Donnerstag zurückzuziehen. Die Aufforderung sei in die Form eines Ultimatums gekleidet.

Die oberschlesische Industrie dem Erliegen nahe.

Berlin, 25. Mai. Aus führenden Kreisen der oberschlesischen Industrie liegen außerordentlich ernste Nachrichten über die Lage, speziell im Kattowitzer Bezirk, vor. Die Stadt Kattowitz ist seit Tagen ohne Wasser, Lebensmittel und Elektrizität. Alle Eisenbahnwagen und Lokomotiven sind vom Militär requiriert. Die Industrie befindet sich in einer verzweifelten Lage und ist dem Erliegen äußerst nahe. Sie erleidet Verluste, die in viele Millionen gehen, und erwartet auf das Bestimmteste, daß die Entente für diese Schäden aufkommen wird. Im Augenblick befindet sich englisches Militär im Anmarsch.

Der Autonomiegedanke.

Rom, 24. Mai. Der polenfreundliche „Corriere d'Italia" schlägt vor, man solle aus Oberschlesien vorläufig einen autonomen Staat machen, falls jetzt keine endgültige Lösung möglich sei.

Unverändert.

Oppeln, 25. Mai. Die Drahtverbindung mit dem Industriegebiet ist nach wie vor unmöglich. Im Kreis Rosenberg haben die Insurgenten mehrere Vorstöße unternommen; sie wurden von einem Panzerzug unterstützt, auch Minenwerfer kamen in Verwendung.

Die englische Truppensendung nach Oberschlesien.

Berlin, 25. Mai. Wie die „Cologne Post" meldet, werden die nach Oberschlesien zu entsendenden englischen Truppen im Rheinland durch französische Truppen ersetzt werden, die unter den Befehl des englischen Generals Morland treten. Frankreich dürfte auch Truppen nach Oberschlesien entsenden, um die dortige Garnison zu verstärken.

Die Grenze nunmehr gesperrt.

Berlin, 25. Mai. Die polizeilichen Maßnahmen zur Sperrung der oberschlesischen Grenze sind durchgeführt. Die Grenze ist gesperrt. Das preußische Ministerium des Innern entsandte 9 Hundertschaften Schutzpolizei an die Grenze, die den Eintritt von Bewaffneten aus Deutschland hindern und aus Oberschlesien zurückkehrende Bewaffnete entwaffnen sollen.

Unterbringung der Flüchtlinge.

Die infolge der Ereignisse in Oberschlesien im unbesetzten Oberschlesien eingetroffenen Flüchtlinge wurden und werden nach einer Mitteilung des Reichskommissars für Zivilgefangene und Flüchtlinge in den Lagern Neusse und Lensdorf untergebracht.

Vertrauenskundgebung.

Berlin, 25. Mai. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." fand in Oberglogau eine Versammlung der Führer aller politischen Parteien und der Gewerkschaften des besetzten Oberschlesiens statt. In derselben wurde dem Leiter der deutschen Selbstschutzaktion, General Höfer, das Vertrauen der Anwesenden ausgesprochen.

Kleine politische Nachrichten.

Keine Aufhebung der Sanktionen?

Berlin, 25. Mai. Von einer nunmehr beabsichtigten Aufhebung der Zollgrenze und der Besetzung der drei Rheinstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ist an hiesigen amtlichen Stellen nichts bekannt, vielmehr hat es den Anschein, als ob die Franzosen in Düsseldorf und in den anderen Städten noch für längere Zeit sich niederlassen wollen.

Zusammenbruch Sowjetrußlands?

Helsingfors, 25. Mai. Wie hierher gemeldet wird, steht das Sowjet-System in Rußland vor seinem Zusammenbruch. Die meisten Staatsmänner haben alles für eine schnelle Flucht vorbereitet. Wenn der Zusammenbruch kommt, begeben sich die Volkskommissare nach Turkestan und von da nach Indien.

* Wir geben die Meldung nur mit allem Vorbehalt. Der Zusammenbruch ist schon oft prophezeit.

Die irischen Revolutionäre.

London, 25. Mai. (Reuter.) Ein starker Trupp Sinn-Feiner setzte heute nachmittag das große Dubliner Zollgebäude in Brand, das fast ganz zerstört wurde. Es entspann sich ein Feuergefecht, in dessen Verlauf sieben Sinn-Feiner getötet, elf verwundet und 65 gefangen genommen wurden. Die Polizei hatte vier Verwundete.

Englisch-südslawische Heiratspläne.

Berlin, 24. Mai. Aus Paris wird berichtet: Dem „Eclair" zufolge, ist Prinzregent Alexander von Südslawien gestern von Belgrad nach London abgereist, wo er sich mit der Prinzessin Mary, der Tochter des englischen Königspaars, verloben soll.

Stellenbesetzung im Reichsministerium des Innern.

Berlin, 24. Mai. Der Präsident des Deutschen Reiches hat den preußischen Regierungspräsidenten Brugger zum Staatssekretär im Reichsministerium des Innern ernannt und bestellt.

Die Entwaffnung der bayr. Einwohnerwehren.

London, 25. Mai. Dem Reuter'schen Bureau wird mitgeteilt: Obwohl Deutschlands Antwort bezüglich der Ausführung der Einzelheiten der Entwaffnungsvorschläge erst am 31. Mai fällig ist, kann doch nicht stark genug betont werden, daß eine Verzögerung seitens der bayerischen Regierung in der Ausführung der von der deutschen Regierung in dieser Hinsicht übernommenen Verpflichtungen von der britischen und den anderen alliierten Regierungen nicht geduldet werden wird.

München, 25. Mai. Den Blättern zufolge verhandelte unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten v. Kahr gestern Abend der Ministerrat über die Entwaffnungsfrage. Heute wird eine Besprechung mit den Führern der Koalitionsparteien stattfinden.

Berlin, 25. Mai. Wie die Blätter aus München melden, hat sich in einer interfraktionellen Sitzung über die Frage der Entwaffnung der bayer. Einwohnerwehren Uebereinstimmung darüber ergeben, daß die Entwaffnung vorgenommen werden muß. Die Fraktionsführer erklärten sich mit den Ausführungen des Präsidenten vollständig einverstanden.

Die Kriegsurheberprozesse in Leipzig.

Leipzig, 25. Mai. Im Prozeß Heyman, beantragte der Oberreichsanwalt gegen den Angeklagten eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis.

Bergarbeiterstreik in Waldenburg.

Berlin, 25. Mai. Der Streik im Waldenburger Revier, der sich auf sämtliche großen Gruben ausgedehnt hat, hat durch einen Sympathiestreik der Metallarbeiter eine weitere Verschärfung erfahren. Die Führer der Gewerkschaften haben sich sämtlich gegen den Streik ausgesprochen.

Die Valuta.

Berlin, 25. Mai. Die deutsche Mark wurde gestern an der schweizerischen Börse mit 9,12—9,28 Centimes bezahlt; der Dollar galt ℳ 61.18; 100 Franken Schweiz galten ℳ 1092.65, 100 Franken franz. ℳ 514.43 und ein Pfund Sterling ℳ 241.50.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 26. Mai 1921.

* **Gemeinderatsbericht.** Zu den Neubauten an der Calwerstraße hat die Stadtgemeinde Bauholz zu liefern. Da man nach einem Bericht der städtischen Forstverwaltung zur Zeit nicht über eigenes Bauholz verfügt, wird die Stellung desselben einstweilen der Firma Theurer (für das Doppelhaus) und den Firmen Schnepf und Graf (für das dreifache Haus) übertragen. Die Stadt tauscht dieses Holz später aus ihren eigenen Beständen wieder ein. — Fabrikant Speidel möchte das von ihm zu erstellende Wohnhaus näher als ursprünglich geplant, an das Graf'sche Anwesen heranrücken. Während die Stadtgemeinde den nötigen Bauplatz unentgeltlich hergibt, übernimmt der Bauherr sämtliche Kosten abzüglich der staatlichen Zuschüsse. Auch die Kosten für den Kanalisationsanschluß sind von ihm zu tragen. Die Grabarbeiten besorgt die Stadt. — Fabrikant Schnepf sucht beim Oberamt um die Genehmigung nach, beim Pfaffenstich ein Dampfmaschinenhaus zu erstellen zur Unterbringung einer Lokomobile und von Holzbearbeitungsmaschinen. So weit die Stadt zuständig ist, ist gegen die Anlehnung des Neubaus unmittelbar an den Pfaffenstich nichts einzuwenden. — Der Staat beabsichtigt, hier ein Beamtendienstwohnungsgebäude mit 3 Wohneinheiten zu erstellen. Als Bauanteil übernimmt die Stadt einen Zuschuß von 5000 ℳ per Wohneinheit, Anlegung eines Gehwegs, unentgeltliche Lieferung von Kalksteinen und den Kanalisationsanschluß. Vorausgesetzt wird dabei, daß auch der Staat die üblichen Zuschüsse gewährt, daß das Wohnungsamt Nagold einen Einfluß auf die Besetzung der Wohnungen hat, daß möglichst hiesige Unternehmer u. Arbeiter beschäftigt werden und daß von Nagold nicht mehr verlangt wird als von anderen Städten. Der Gemeinderat spricht die Bitte aus, daß mit dem Bau sofort begonnen werden möge. — Die Firma Gebr. Theurer hat die Quelle an der Oswaldshalde (Zaiserbrünnele) im Einverständnis mit der Stadt auf eigene Kosten fassen lassen, um sie als Wasserzuleitung für ihr Wohngebäude zu benützen. Jedoch hat sich die Stadt volles Eigentumsrecht an Quelle und Anlage vorbehalten. Falls die Quelle in ihrer jetzigen Fassung von der Stadt später für ihre Wasserversorgung gebraucht werden kann, geht sie gegen Zahlung des Preises, den die Anlage zu diesem Zeitpunkt kosten würde, an die Stadt über. Anschluß Privater muß bei Einverständnis des Gemeinderats von der Firma Theurer gegen entsprechenden Kostenersatz geduldet werden. Weitere Anschlüsse dürfen nur mit besonderer Genehmigung des Gemeinderats angebracht werden. Die Firma Theurer hat in Anbetracht ihrer Fassungskosten für die nächsten 10 Jahre nur ¼ des üblichen Wasserzinses zu entrichten. — Der Jagdpächter Fr. Morlok beantragt, einen zweiten Jagdpächter als Stellvertreter in sein Gebiet einzutragen. Der Antrag wird genehmigt. — Die Stadt erzielt durch den Reisigverkauf 525.50 ℳ, durch Stockholz 6661 ℳ. An den einzelnen Bürger soll nicht mehr als 2 Rm. abgegeben werden. — Der der Stadt gehörende, wegen Entbehrlichkeit ausgeschriebene Ochse wurde um 9000 ℳ verkauft. Der gleichfalls ausgeschriebene Farren konnte bisher wegen zu niederen Angebots nicht veräußert werden. — Im Unterstützungsverfahren für Nichtortsansässige sind bedeutend vereinfachte Bestimmungen für die Landarmenbehörden erschienen. — Der am 16. April hier begründete, z. Zt. 38 Mitglieder umfassende stenographische Verein Gabelsberger ersucht um Ueberlassung eines Lokals für seine Uebungsabende und um eine Geldunterstützung. Das erstere wird gewährt; von der letzteren wird vorläufig abgesehen. — Es wird bekannt gegeben, daß die staatlichen Beiträge für Frauenarbeitsschulen in Zukunft wegfallen. — Die Stadt wird auch weiterhin den 30prozentigen Zuschuß zur Hagelversicherungsprämie bezahlen. — Nach einem Erlaß des Oberschulrats zum Lehrerbesoldungsgesetz muß der Beitrag der Gemeinden für eine Stelle an der Volksschule auf 1500 ℳ, bei der Mittelschule auf 1700 ℳ erhöht werden. — Wer durch außerordentliche Verluste bei Maul- und Klauenseuche in seiner Existenz bedroht ist, kann sich wegen eines Darlehens zu günstigen Bedingungen an das Stadtschultheißenamt wenden.

* **Die silberne Hochzeit** feierten gestern Schreinermeister G. Günther und Frau im Kreise ihrer Kinder. Aus diesem Anlaß brachte der Liederkranz seinem Sangesbruder ein Abendständchen.

* **J. R. 125.** Einer Mitteilung zufolge sind noch eine Anzahl Festpostkarten und Gedenkblätter zur Verfügung. Erstere kosten 25 ₰, letztere 1 ℳ p. Stück und können dieselben bestellt werden durch den Vertrauensmann Breden.

* **Olga-Grenadiere.** Zur Gründung einer Ortsgruppe der Stuttgarter Vereinigung ehemal. Olgagrenadiere für den Oberamtsbezirk Nagold findet am Sonntag, den 29. Mai, nachm. 2 Uhr im Gasthaus z. „Traube" eine Versammlung statt. Die Stuttgarter Vereinigung zählt bereits über 600 Mitglieder und beabsichtigt, auch die im Schwarzwald ansässigen Kameraden aus Kriegs- und Friedenszeiten zu Ortsgruppen zusammenzuschließen. Die Vereinigung bezweckt

Was der Mond erzählt.

Von Christian Andersen.

Längs dem Strande erstreckt sich ein Wald, von Fichten und Buchen, so frisch und so duftend. Hunderte von Nachtigallen besuchen ihn jedes Frühjahr. Dicht dabei ist das Meer, das ewig wechselnde Meer, und zwischen beiden läuft der breite Fahrweg hin. Ein Wagen nach dem andern rollt darüber. Ich folge ihnen nicht; mein Auge ruht am liebsten auf einem Punkte. Dort liegt ein Hünengrab. Brombeerranken und Schlehendorn wuchern zwischen den Steinen. Hier ist Poesie in der Natur.

Wie glaubst du wohl, daß die Menschen diese auffassen? Ich will dir erzählen, was ich am vorigen Abend und in der Nacht dort hörte.

Zuerst kamen zwei reiche Gutsbesitzer vorgefahren. „Das sind herrliche Bäume!" sagte der eine. „Jeder gibt gewiß zehn Fuder Brennholz!" antwortete der andere. „Der Winter wird hart werden, vergangenes Jahr bekamen wir für den Klafter vierzehn Taler" — und fort waren sie. „Der Weg ist hier erbärmlich," meinte ein anderer Fahrender. „Daran sind die verdammten Bäume schuld," antwortete sein Nachbar, „hier ist kein Luftzug, der Wind kann nur von der Seeseite hierherkommen" — und sie rollten davon. Auch der Eilwagen fuhr vorüber. Alle Passagiere schliefen an diesem schönen Punkte; der Postillion blies ins Horn, aber er dachte nur: „Ich blase doch schön; hier hallt's recht hübsch, ob es wohl denen drinnen gefällt?" Und fort war der Eilwagen. Alsdann kamen zwei junge Burschen zu Pferde angesprengt. Da ist Jugend und Champagner im Blute, dachte ich. Sie blickten mit einem Lächeln nach dem moosbewachsenen Hügel und dem dichten Gebüsche. „Hier möchte ich wohl mit des Müllers Christine ein wenig spazieren gehen!" sagte der eine — und fort waren sie.

Die Blumen dufteten sehr stark. Jedes Lüftchen schlummerte; es war, als sei das Meer ein Teil des Himmels, der über das tiefe Tal gespannt war. Ein Wagen fuhr vorüber; es saßen sechs Personen darin; vier schliefen, der fünfte dachte an seinen neuen Sommerrock, der ihm sehr gut stehen müsse; der sechste wandte sich an den Kutscher und fragte, ob an dem Steinhaufen etwas Merkwürdiges sei. „Nein!" antwortete der Kutscher, „es ist nur ein Steinhaufen, aber die Bäume sind merkwürdig." „Wieso?" „Ja, das will ich Ihnen sagen, die sind sehr merkwürdig. Sehen Sie, wenn im Winter der Schnee sehr hoch liegt und alles verweht und kein Weg zu sehen ist, dann dienen mir diese Bäume als Zeichen, nach ihnen richte ich mich, um nicht in die See zu fahren, sehen Sie, deshalb sind die Bäume merkwürdig."

Jetzt kam ein Maler, sein Auge funkelte, er sagte kein Wort, sondern pfiff, die Nachtigallen schlugen, eine lauter als die andere. „Halt das Maul!" rief er und notierte dann ganz genau alle Farben und Uebergänge. „Blau, lila, dunkelbraun! es kann ein schönes Gemälde werden." Er faßte es auf, wie der Spiegel ein Bild und dazu pfiff er einen Marsch von Rossini.

Zuletzt kam ein armes Mädchen, sie ruhte auf dem Hünengrabe aus und legte ihre Last ab. Das schöne, blasse Gesicht bog sich lauschend nach dem Walde hin, und ihre Augen funkelten, sie blickte über den See und den Himmel, die Hände falteten sich: ich glaube, sie betete ein Vaterunser. Sie selbst verstand das Gefühl nicht, welches sie durchströmte, aber ich weiß, daß ihr noch nach Jahren diese Minute und die Natur ringsum weit schöner, ja weit getreuer vorschweben wird, als der Maler sie mit den Farben auf das Papier brachte. Meine Strahlen folgten ihr, bis das Morgenrot ihre Stirn küßte.

Nach wem ist die Remigiuskirche genannt?

Es wird uns geschrieben: Vielleicht interessiert es den einen oder anderen unserer Mitbürger, zu erfahren, nach wem die nunmehr zu einer weihevollen Kriegergedächtnishalle umgebaute Remigiuskirche auf unserem Friedhof ihren Namen hat. „Nun, nach einem gewissen Remigius", wird man sagen. Ja — aber wer war er, wann lebte er, was tat er? Es ist nötig, zur Beantwortung dieser Frage ein wenig auszuholen.

Das heutige Frankreich hat, wie wohl bekannt ist, seinen Namen von den Franken (= Freien), einem der stärksten und wildesten Stämme der Germanen. Diese Franken wohnten anfangs am Niederrhein, zogen aber in der Völkerwanderung (375—568) in das heutige Frankreich und vermischten sich mit den dortigen Bewohnern. Von 482—511 hatten die Franken den mächtigen König Chlodwig. Im Anfang seiner Regierung war er noch ein Heide, während seine Gemahlin Chlotilde bereits eine Christin war. Nach seinem Sieg über die Alemannen bei Zülpich (496) sagte er zu seiner Frau: Chlodwig hat die Alemannen und Chlotilde den Chlodwig besiegt! Nun erteilte ihm der ehrwürdige Bischof Remigius den Unterricht in der christlichen Religion, und am Weihnachtsfest 496 wurde er von seinem Lehrer in der Kirche zu Reims (im Weltkrieg oft genannt) getauft. Man erzählt, daß Chlodwig, als er die Gefangennahme in Gethsemane erfuhr, wütend seine Streitaxt geworfen und gerufen habe: Wenn ich mit meinen Franken dabei gewesen wäre, hätte das nicht vorkommen dürfen! Bei seiner Salbung in der Kirche zu Reims hatte Remigius das heilige Salböl vergessen. Da soll eine Taube ein Kölbchen im Schnabel gebracht haben. Mit diesem Oel wurden auch die späteren Könige von Frankreich gesalbt. Remigius starb 533 und wurde vom Papst heilig gesprochen. Nach ihm hat unsere Kirche den Namen erhalten, denn das Frankenreich dehnte sich noch und nach bis nach Bayern aus. Damals zogen auch Franken in das heutige nördliche Württemberg. Man erkennt sie heute noch an dem fränkischen Dialekt.

Einsicht.

Ich bin heut morgen aus der Stadt gefahren
Ins frühlingsbraune flache Land hinein . . .
Da ist noch alles wie vor tausend Jahren,
Ja, anders kann es nie gewesen sein.

Die gleichen Pflüger geh'n, die gleichen Pferde,
Hier tut ein jeder, was er immer tat.
Es ist ja auch die gleiche dunkle Erde,
Und sie empfängt die eigne alte Saat . . . .

Was wir in unsern großen Städten meinen —
All unser rascher Witz und rascher Mut,
Will mir ein Wellenkräuselspiel erscheinen,
Darunter unbewegt die Tiefe ruht.

Bruno Frank.

Pflege der Kameradschaft, Erhaltung von Geist u. Traditionen des Regiments, sowie die Ehrung des Andenkens der in seinen Reihen gefallenen Helden.

Sport. Die Radfahrer-Vereinigung Nagoldgau (Zusammenschluß von 16 Radfahrer-Vereinen aus der Umgebung von Nagold) veranstaltet am Sonntag den 29. ds. Mts. eine gemeinsame Ausfahrt nach Freudenstadt; bei dieser Gelegenheit dürfte eine sehr stattliche Zahl Radfahrer zusammenkommen.

* **Keine Viehzählung auf 1. Juni.** Mit Rücksicht auf den Abbau der öffentlichen Bewirtschaftung hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf die Durchführung der Viehzählung am 1. Juni d. J. verzichtet. Die Zählung findet demnach nicht statt.

* **Milchregelung und soziale Hygiene.** Die am 1. Juni erfolgende Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Milchversorgung birgt in sich Gefahren für die Volksgesundheit, wenn nicht rechtzeitig geeignete Vorkehrungen getroffen werden. Die badische Gesellschaft für soziale Hygiene wurde kürzlich im Ministerium des Innern vorstellig, um entsprechende Wünsche zu unterbreiten, die auch in Württemberg Beachtung finden sollten. 1.) Soll dafür gesorgt werden, daß in die Städte mehr Milch als bisher gelangt, daß die Städte sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen und überhaupt auf die Niedrighaltung des Milchpreises, soweit als mit Rücksicht auf eine größere Erzeugung erreichbar, Bedacht genommen wird. 2.) soll eine möglichst umfassende Zentralisierung des Milchhandels erfolgen, da die Milch erfahrungsgemäß umso schlechter ist, je mehr kleine Händler es gibt. 3.) ist eine den hygienischen Anforderungen entsprechende Art der Milchsammlung, Versendung und Behandlung anzuordnen. 4.) ist der Bedarf für Kinder, Wöchnerinnen, Greise und Kranke vor der Milchabgabe an andere Personen zu decken. 5.) ist die Milchverwertung für Schlagsahne und andere Leckereien zu verbieten. — Wie der Ministerialreferent mitteilte, sind entsprechende Verordnungen bereits in Vorbereitung.

Die ersten süddeutschen Kirschen sind auf dem Berliner Markt eingetroffen. 1 Pfund kostet 12 ℳ (!!)

Württemberg.

Das Pensionsergänzungsgesetz.

r Stuttgart, 24. Mai. Gegen den Artikel 12 des am 23. März vom Landtag verabschiedeten Pensionsergänzungsgesetzes hat das Reichsfinanzministerium Einspruch erhoben, im übrigen aber der sofortigen Inkraftsetzung des Gesetzes zugestimmt. Der beanstandete Artikel enthält eine Sonderbestimmung für die Hinterbliebenen von Beamten, die nach dem 1. April 1920, aber vor dem Vollzug des Haushaltsplans für 1920 gestorben sind. Auf die Anwendung dieses Artikels, der übrigens nur in einigen wenigen Fällen praktische Bedeutung hat, muß daher vorläufig verzichtet werden. Die Einweisung der Pensionäre und Hinterbliebenen in die ihnen zustehenden erhöhten Bezüge ist eingeleitet und wird so schnell als möglich erfolgen. Es sind zur Durchführung eine Anzahl von Beamten besonders eingestellt worden. Bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Personen wird aber einige Zeit vergehen, bis alle Fälle erledigt sein werden. Auch wird bei den erheblichen Schwierigkeiten, die die Einstufung der Altpensionäre in die neue Besoldungsordnung vielfach verursacht, die Einweisung in zahlreichen Fällen als eine vorläufige, unter Vorbehalt späterer Berichtigung, erfolgen müssen.

r **Vom Landtag.** Stuttgart, 25. Mai. Der Finanzausschuß tritt morgen wieder zusammen. Auf der Tagesordnung seiner ersten Sitzung stehen der Gesetzentwurf betr. Rechtsanwaltsgebühren, verschiedene Eingaben und Anträge, Mitteilungen über den Neckarkanal.

r **Vom Roten Kreuz.** Stuttgart, 25. Mai. Der Württ. Landesverein vom Roten Kreuz hält seine ordentliche Mitgliederversammlung am Montag, den 30. Mai vorm. 10½ Uhr im kleinen Stadtgartensaal. Auf der Tagesordnung stehen Geschäfts- und Rechenschaftsbericht, Beitritt zum Deutschen Roten Kreuz, Präsident Dr. v. Geyer Stiftung, Neuwahlen usw. Besonderes Interesse verdient eine Aussprache über die Durchführung der wichtigsten Friedensaufgaben in Stadt und Land.

r **Ein Geschäft.** Stuttgart, 25. Mai. Der „Kommende Tag", die Steiner-A. G. zur Förderung wirtschaftlicher und geistiger Werte hier, hat die maßgebliche Mehrheit an Waldorf-Astoria-Aktien gekauft.

Wahnsinnig. Calw, 25. Mai. Der 30 Jahre alte Fabrikarbeiter Wilh. Fink wurde in der Nacht zum Dienstag wahnsinnig. Er zertrümmerte seine Wohnungseinrichtung und bedrohte Frau und Kinder. Nachbarn gelang es, den Tobsüchtigen zu fesseln. Dabei fiel der Totengräber Raich zu Boden, brach verschiedene Rippen und verletzte sich schwer, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der vom Irrsinn Befallene hat den Krieg mitgemacht und nahm noch tags zuvor in voller Gesundheit an einer Regimentsfeier teil.

* **Wahlbestätigung.** Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat lt. „Staatsanzeiger" vom 25. Mai die Wahl des Bauern und Gemeinderats Gottlieb **Kusterer** in Monakam zum Ortsvorsteher der Gemeinde **Monakam**, OA. Calw, bestätigt.

r **Turnlehrertagung.** Plochingen, 25. Mai. Der Ausschuß des Württ. Turnlehrervereins und eine größere Zahl Turnunterricht erteilender Lehrer hatten hier eine Tagung, in der Oberlehrer Tümm-Stuttgart über die berufliche Stellung der Turnlehrer berichtete. Zur Besprechung kamen verschiedene fachliche und berufliche Fragen. Die nächste Jahresversammlung des Vereins findet im Oktober in Reutlingen statt.

r **Eine Tagung der Eisenbahnpräsidenten.** Heilbronn, 25. Mai. Am nächsten Samstag wird hier eine Tagung der Eisenbahnpräsidenten der deutschen Bundesstaaten unter dem Vorsitz von Reichsverkehrsminister Gröner stattfinden.

r **Oberschwäbischer Kreistag für Volksbildungsarbeit.** Aulendorf, 25. Mai. Am 17. und 18. Juni findet hier eine Tagung des Vereins zur Förderung der Volksbildung statt, die der Erschließung der oberschwäbischen Heimat in geologischer, wirtschaftlicher, geschichtlicher und künstlerischer Beziehung dienen soll. Neben einer Reihe von Vorträgen über die verschiedenen Gebiete soll eine Ausstellung des künstlerischen und literarischen Schaffens Oberschwabens veranstaltet werden, die von Wilhelm Schussen und Prof. Baum-Stuttgart geleitet sein wird.

r **380 000 Mk.** Pfauhausen, OA. Eßlingen, 25. Mai. Die Unterschlagungen Kuhn belaufen sich bis jetzt auf 380 000 ℳ. Er stellte sich, wie irrtümlich in einigen Zeitungen berichtet wurde, nicht selbst dem Gericht, sondern wurde am Pfingstmontag von einem jungen Lehrer vom nahen Steinbach im Wilhelmsbau in Stuttgart erkannt, zur Anzeige gebracht und von der Polizei sofort verhaftet.

Württ. Bauerntag.

r Ulm, 24. Mai. Am Montag fand die Hauptversammlung des Schwäb. Bauernvereins hier statt, die so stark besucht war, daß zwei Parallelversammlungen anberaumt werden mußten. Zur Tagung waren erschienen u. a. die Minister Graf und Dr. Schall, Regierungsrat Ströbele von der Zentralstelle für die Landwirtschaft, Direktor Ströbel von der Landwirtschaftskammer, Professor Wacker von der Landwirtschaftlichen Hochschule, Oberbürgermeister Dr. Schwammberger als Vertreter der Stadt Ulm, ferner eine große Zahl Reichs- und Landtagsabgeordneter und Vertreter von landwirtschaftlichen Vereinigungen aus Bayern, Baden, Hessen und der Pfalz. Die Hauptversammlung im Gesellenhaus wurde von dem Bauernvereinsvorsitzenden, Schultheiß Vangel-Nepfingen eröffnet. Freiherr von Kerckerinck, der Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Bauernvereine, gab zuerst politische Rück- und Ausblicke. Nur der Geist des Christentums könne unser Volk retten. Diesen Gedanken führte der Redner im einzelnen näher aus. Ernährungsminister Dr. Schall erläuterte, weshalb die Beseitigung der Zwangswirtschaft für Getreide nicht möglich sei. Wir würden nicht genügend Getreide erzeugen und auch nicht genügend Geld haben zur nötigen Einfuhr. Auf 1. Juni würden allerdings Neuerungen in der Zwangswirtschaft in Erscheinung treten. Wie es beim Getreide gehen werde, hänge von dem Gesetzentwurf der Reichsregierung ab. Wenn der Entwurf Gesetz werde, so würde das bedeuten, daß das Umlagesoll Württembergs nur die Hälfte dessen betrage, was im laufenden Wirtschaftsjahr aufgebracht werden müsse. Die Zwangswirtschaft sei abgebaut. Es sollte nun das alte Vertrauen zwischen Regierung und Volk wiederkehren. Der Tagung wünsche er den besten Verlauf. Minister Graf sprach als Mitglied des Bauernvereins und Freund der Landwirtschaft. Er gab seiner Freude Ausdruck über das Gedeihen des Vereins, was ein Beweis sei, daß die Verwirklichung des christlichen Gedankens in der Bauernschaft Anklang gefunden habe. Oberbürgermeister Dr. Schwammberger übermittelte die Grüße der Stadtverwaltung und wünschte, daß der deutsche Bauerntag im nächsten Jahr hier stattfinden möge. Direktor Ströbel begrüßte die Tagung namens der Landwirtschaftskammer u. wies auf die drei Aufgaben hin, die gemeinsam gelöst werden müßten: Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, Erhaltung der bäuerlichen Betriebe, Stärkung und Hebung des Bauernstandes. Regierungsrat Ströbele sprach für die Zentralstelle und betonte die Weiterbildung der bäuerlichen Jugend durch Errichtung weiterer Winterschulen. Professor Dr. Wacker Hohenheim hob die Bedeutung der landwirtschaftlichen Hochschule und ihr Wirken für die Landwirtschaft hervor und empfahl die Unterstützung der Studentenhilfe. Hierauf berichtete Dr. Crone das Vorstandsmitglied der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine, über die Einrichtungen und Bestrebungen der Deutschen Bauernvereins-Organisation zur Erhaltung und Förderung des Bauernstandes. Sie wurde 1882 gegründet und zählt heute 700000 Mitglieder. Auch der Schwäb. Bauernverein gehört ihr an. Ihr Verdienst ist es, zuerst den Genossenschaftsgedanken angeregt zu haben. Wirtschaftliche, geistige und sittliche Entwicklung ist ihr Programm. Leben und leben lassen ist ihr Grundsatz. Die Bauernvereinigung hat sich frei gehalten von jeder parteilichen und konfessionellen Einrichtung. Der Schwäb. Bauernverein soll mit dem Landwirtschaftlichen Hauptverband getrennt marschieren, aber vereint schlagen. Nur auf christlichen Grundsätzen könne das deutsche Volk wieder gesunden. Professor Dr. Schlittenbauer vom Bayrischen Bauernverein zeigte die verfehlte Finanz- und Außenpolitik und deren Rückwirkung auf unsere Volkswirtschaft. Er verlangte mehr Rückgrat gegenüber den Forderungen der Industrie und der Arbeiter, mehr Sparsamkeit beim Einzelnen wie beim Staat und eine Stärkung unseres Nationalbewußtseins. Der Redner fand in seiner bayrischen Originalität stürmischen Beifall. Die Paralleltagung im „Weißen Roß" leitete Reichstagsabgeordneter Fellmayr, die im „Greifen" Abg. Ganser. Eine große Anzahl von Entschließungen wurde angenommen, so u. a. eine solche über vollständige Freigabe der Getreidebewirtschaftung für 1921/22. Der Reichsgesetzentwurf über den Verkehr mit Getreide wurde abgelehnt, die vollständige Aufhebung der Zwangswirtschaft im Flachsbau gefordert, der Abschluß von Milchlieferungsverträgen empfohlen, die Freigabe der Schrotmühlen gefordert und die Preisfestsetzungen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse seitens der Oberämter als Richtpreise erklärt. Der Bauerntag sprach sich auch gegen das 8. Schuljahr in der bisherigen Form aus und hält es für zweckmäßig, für die ländliche Bevölkerung an dessen Stelle das landwirtschaftliche Bildungswesen auszubauen. In jedem Oberamt soll eine landwirtschaftliche Winterschule errichtet werden. Die Förderung des hauswirtschaftlichen Bildungswesens wie die der staatsbürgerlichen Erziehung der Landwirte wurde als dringend notwendig erachtet.

Entschließung der württ. Bauvereine.

Auf dem Verbandstag der württ. Bauvereine, der am Sonntag in Stuttgart abgehalten wurde, wurde folgende Entschließung angenommen: „Die bis jetzt für 1921 zur Verfügung gestellten Mittel zur Unterstützung des Wohnungsbaus sind völlig ungenügend, um auch nur die allerdringendsten Wohnungsbedürfnisse befriedigen zu können. Mit Bedauern vernehmen wir, daß das Reich bis zu dem in Aussicht genommenen Termin, 1. Mai, keine Bestimmung über die Erhebung der Wohnungsabgabe getroffen bzw. den Ländern nicht die Möglichkeit gegeben hat, selbständig die Frage zu regeln, daß insbesondere Württemberg mit seinem Vorschlag, die Wohnungsabgabe auf Grund des Gebäudesteuerkatasters zu erheben, nicht durchgedrungen ist. Nachdem das Reich versagt hat, ist es Aufgabe der Länder, selbständig von sich aus die Frage zu lösen und die erforderlichen Mittel, sei es durch Schuldaufnahme, sei es durch Besteuerung, aufzubringen. Wir müssen fordern, daß für das Jahr 1921 statt der in Aussicht genommenen 35 Millionen mindestens die doppelte Summe zur Unterstützung des Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt wird, und daß alle Bauenden so rasch wie möglich in den Besitz der Beihilfebescheide kommen. Sodann müssen wir jetzt schon darauf hinweisen, daß es dringend notwendig ist, schon im Dezember ds. Js. die Bescheide über Bewilligung von Baudarlehen für das Jahr 1922 zu erlassen, damit der Baubeginn im Jahr 1922 keine Verzögerung erleidet. Endlich müssen wir das Ministerium des Innern auf die immer noch bestehenden unbegründet hohen Preise für manche Baumaterialien, namentlich für Ziegel und Zement, hinweisen und dringend fordern, daß von Staatswegen auf eine Verbilligung der Baumaterialien hingewirkt wird."

r **Eine Falschmünzerwerkstätte ausgenommen.** Pforzheim, 26. Mai. Ein hier wohnhafter verheirateter Goldarbeiter wurde auswärts festgenommen, als er eben im Begriffe stand, falsche 50 ℳ-Noten (es handelt sich um die grünen) auszugeben. Als dies hierher telephoniert wurde, kam man hier auf den Gedanken, daß die Scheine hier angefertigt worden sein könnten. Die Nachforschungen in der Wohnung des Goldarbeiters ergaben die Richtigkeit dieser Annahme. Es wurde nämlich die ganze Einrichtung zur Herstellung der falschen Scheine und auch noch eine größere Anzahl solcher falscher Scheine gefunden und beschlagnahmt. Eine ganze Bande war mit der Herstellung und dem Vertrieb der Scheine beschäftigt. Noch drei weitere Angehörige des Goldarbeiters waren auswärts tätig, um die Scheine an den Mann zu bringen. Es sind bis jetzt im ganzen sechs Personen verhaftet worden, die die Scheine zum Teil herstellten, zum Teil vertrieben.

r **Schlachtviehmarkt.** Stuttgart, 25. Mai. Dem gestrigen Schlachtviehmarkt waren zugeführt: 119 Ochsen, 31 Bullen, 253 Jungbullen, 230 Jungrinder, 314 Kühe, 451 Kälber und 424 Schweine. Es wurden bezahlt: für Ochsen I. 660—720, II. 470—600, Bullen I. 550 bis 590, II. 450—500, Jungrinder I. 660—720, II. 510—620, III. 400 bis 500, Kühe I. 520—620, II. 330—450, III. 200—300, Kälber I. 700—800, II. 650—700, III. 550—600, Schweine I. 1070—1120, II. 1000—1050, III. 900—980 ℳ. Der Markt war mäßig belebt.

Letzte Drahtnachrichten.

Reichskanzler Wirth über die Rede Briands.

Berlin, 26. Mai. Ein Mitarbeiter der „Deutsch. Allg. Ztg." hat den in Freiburg im Breisgau weilenden Reichskanzler um Erklärungen zu dem auf Oberschlesien bezüglichen Teil der Rede des Ministerpräsidenten Briand. Der Reichskanzler erklärte, daß die Rede des französischen Ministerpräsidenten auf einen maßvollen Ton abgestimmt gewesen sei. In der Sache aber gehe Briand bei der Begründung der polnischen von Frankreich unterstützten Ansprüche von Voraussetzungen aus, die den Tatsachen teilweise widersprächen. Ein historischer Anspruch der Polen auf Oberschlesien bestehe nicht. Oberschlesien sei nicht vor 600 Jahren durch Gewalt an Deutschland gekommen, sondern vor 900 Jahren gewaltsam von Polen erobert worden und 200 Jahre später habe es sich infolge des Verzichts des polnischen Großherzogs Ladislaus Lokkonozi, also auf völlig friedlichem Wege, von Polen getrennt. Dr. Wirth erklärte dann, daß bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Krieg die Polen in Oberschlesien kaum 30% der abgegebenen Stimmen erhalten haben, die Deutschen 70%.

Die Linie abgesperrt.

Berlin, 26. Mai. Nach einer Meldung des Vorwärts aus Breslau ist nach Eintreffen der Schutzpolizei ein Ueberschreiten der Grenze für deutsche Freiwilligenverbände nicht mehr möglich.

Verhaftung eines Werbers.

Berlin, 26. Mai. Nach einer Meldung des B. T. wurde in Berlin ein gewisser Wenischler, der versucht hat, Freiwillige für Oberschlesien anzuwerben, auf Anordnung der Reichsregierung verhaftet.

Aufruf von Freiwilligen.

Berlin, 26. Mai. Die „Vossische Zeitung" meldet aus Warschau: An allen Straßenecken sind Aufrufe angeschlagen, in denen Freiwillige für Oberschlesien angeworben werden.

Sicherstellung des Bedarfs an Brotgetreide.

Berlin, 26. Mai. **Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der Bedarf an Brotgetreide in Deutschland bis zur nächsten Ernte vollständig sichergestellt.**

Was die Steuern erbringen.

Insgesamt sind vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 46,1 Milliarden an Steuern direkt eingegangen. Gegenüber dem Voranschlag von 38,1 Milliarden bedeutet dieses Ergebnis einen Ueberschuß von annähernd 8 Milliarden.

Noch günstiger ist das Ergebnis der indirekten Steuern. Die Umsatzsteuer brachte 0,6 Milliarden über den Voranschlag: 4,2 statt 3,6. Aehnlich verhält es sich mit den Stempelabgaben, den Abgaben aus dem Verkehr, aus den Kohlen, dem Tabak, den Getränken. Von einem Versagen des Staates auf dem Gebiet des Steuerwesens kann nicht mehr gesprochen werden, nachdem die neue Steuergesetzgebung im ersten Jahr des Bestehens 50 Milliarden erbrachte.

Die 25000 Holzhäuser für das Aufbaugebiet.

Paris, 26. Mai. Ueber die Angelegenheit der von Deutschland zu liefernden 25 000 Holzhäuser teilt „Intransigeant" folgendes mit: Ueber die Auswahl der Häuser, über Pläne und Preise wurde bis jetzt nicht verhandelt. Man hat davon gesprochen, den Deutschen einen bestimmten Teil des Aufbaugebiets — man spricht vom Tal der Ancre — zu überlassen.

Schadenfeuer.

Harbke bei Helmstedt, 25. Mai. Seit heute Mittag steht die Ueberlandzentrale in Harbke in Flammen. Das Feuer ist auf das Turbinenhaus übergesprungen, das vollständig außer Betrieb ist. Die an die Ueberlandzentrale angeschlossenen Ortschaften bis nach Magdeburg sind vorläufig ohne Licht und Kraft.

Großfeuer.

Dresden, 26. Mai. Gestern vormittag brach am Neustädter Elbeufer in dem Schuppen einer Speditionsfirma, in dem 4—500 Eisenballonflaschen mit Kohlensäure lagerten, auf noch unaufgeklärte Weise Feuer aus. Etwa 100—120 Flaschen explodierten und wurden haushoch emporgeschleudert, wodurch ein Arbeiter schwer und mehrere Zuschauer leicht verletzt wurden. Der Schuppen brannte nieder.

Letzte Kurz-Meldungen.

Die Telephonleitungen zwischen Kairo und Alexandrien sind zerschnitten. In Alexandrien herrscht eine außerordentlich erregte Stimmung. 56 Personen sind bis jetzt getötet u. 200 verwundet worden.

Die vier englischen für Oberschlesien bestimmten Bataillone werden vermutlich am 27. oder 28. Mai in Oberschlesien eintreffen.

Im englischen Unterhaus erklärte Chamberlain, die Regierung habe beschlossen, die Grubenbesitzer und die Bergleute auf Freitag zu einer Besprechung zusammenzuberufen.

Das neue portugiesische Kabinett hat sich unter der Präsidentschaft von Barros-Queiros gebildet.

Das bisherige Ergebnis der Exportabgabe in England beträgt 19 Pfund Sterling.

Nach aufgefangenen Funksprüchen rüsten die Russen fieberhaft an der Westgrenze, und nach der Düna und der Ukraine sollen Truppentransporte unterwegs sein.

Die Schichauwerft in Danzig hat wegen Lohnforderungen und drohender Kundgebungen ihrer Arbeiter ihren Betrieb geschlossen.

Der italienische Geschäftsträger in Wien erklärte, daß die gegenwärtige Anschlußagitation in interalliierten Kreisen sehr beunruhige.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Zahl der Streikenden in der tschechischen Metallindustrie wird gegenwärtig auf 30 000 geschätzt.

Die Rede Briands in der Kammer findet in der englischen Presse Zustimmung.

Briand hat von Polen die Schließung der Grenze gegen Oberschlesien verlangt und besteht auf der sofortigen Auflösung der polnischen Banden.

Amtlich verlautet: Die Konferenz von Porte Rose ist auf den 15. Juni festgesetzt.

Eine französische Kommission ist gestern morgen nach Helgoland gefahren, um dort die Zerstörungsarbeiten an den Befestigungswerken einer Besichtigung zu unterziehen.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger" aus Kolberg meldet, brannte in Hummelsburg eine große Tuchfabrik nieder. Es liegt Brandstiftung vor.

Den Blättern zufolge, hat die russische Handelskommission in Rom ihre Pässe gefordert, um nach Rußland zurückzukehren. Sie erklärte, daß ihr die gebotenen Garantien nicht ausreichend erscheinen für die Erfüllung ihrer Aufgabe.

Mutmaßliches Wetter am Freitag und Samstag.
Vorwiegend trocken, warm, strichweise gewittrig.

Amtliche Bekanntmachung.

Schafwäschen.

Die **Schafhalter und Schäfer** werden darauf aufmerksam gemacht, daß **jede Schafherde**, die in die Schafwäsche verbracht werden will, **vorher vom Herrn Oberamtstierarzt** untersucht werden muß, dem zu diesem Zweck **mindestens 4 Tage vor dem** beabsichtigten Abtrieb der Schafherde vom **Weideort Anzeige** zu machen ist.

Die amtstierärztliche Bescheinigung hat der Schäfer mit sich zu führen. 2437

Nagold, den 25. Mai 1921. Oberamt: Münz.

Aufforderung zur Anmeldung der Schuldzinsen, Renten und Lasten.

Nach § 13 Ziffer 2 des Reichseinkommensteuergesetzes sind vom Gesamtbetrag der Einnahmen in Abzug zu bringen die von dem Steuerpflichtigen im abgelaufenen Kalenderjahr nachgewiesenermaßen entrichteten Schuldzinsen und die auf besonderem privatrechtlichen, öffentlich-rechtlichen oder gesetzlichen Verpflichtungsgrunde beruhenden Renten und dauernden Lasten, soweit sie nicht mit Einnahmen im wirtschaftlichen Zusammenhange stehen, die bei der Veranlagung außer Betracht zu lassen sind. Aufwendungen zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht sind nicht abzugsfähig, auch wenn sie auf Grund einer privatrechtlichen Verpflichtung erfolgen.

Diejenigen Einkommensteuerpflichtigen, welche keine Steuererklärung abgegeben haben, werden aufgefordert,

bis spätestens 10. Juni 1921

die abzugsfähigen Schuldzinsen, Renten und Lasten, deren Abzug sie beanspruchen, bei der Gemeindebehörde für die Einkommensteuer anzumelden.

Die zur Anmeldung erforderlichen Vordrucke werden auf dem Rathaus unentgeltlich abgegeben. 2439

Altensteig, den 25. Mai 1921.

Finanzamt: Reg. Rat Dr. Fik.

Sulz OA. Nagold

Die Gemeinde verkauft 2433

Samstag, 28. Mai, vormittags 11 Uhr

einen

Schlachtfarren

im öffentlichen Aufstreich.

Gemeinderat.

Vieh-Verkauf.

Von Freitag, den 27. Mai von morgens 7 Uhr ab, steht in meinen Stallungen im Gasth. z. „Schwanen" Wildberg ein sehr großer Transport erstklassige, schwere, hochträchtige

Kalbinnen

schöne, junge

Milchkühe,

trächtige Kühe
(Schaffkühe) sowie
Kälberkühe

zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf und Tausch freundl. einladet 2429

Salomon Löwengardt.

Inserieren bringt **ERFOLG!**

Bei Geschlechtsträgheit von Ziegen, Schweinen, Kühen und Pferden, wirkt prompt Dr. Bustebs Mutpulver. Zu haben b. **Gebr. Henn**, Löwen-Drog.

Nagold.

Anläßlich der **Vermählung** unserer Tochter **Emma** mit **Paul Welz**, Glogau, erlauben wir uns, alle unsere werten Freunde und Bekannten zu unserer 2436

Familienfeier

auf **Samstag Abend den 28. ds. Mts.** in das **Gasthaus zur Traube** freundlichst einzuladen.

Gottlob Koch mit Frau.

Schönbronn.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestatten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Samstag den 28. Mai 1921

in das Gasthaus zur „Linde" in Schönbronn freundlichst einzuladen. 2432

Friedrich Schwarz	Luise Roller
Schmied	Tochter des
Sohn des Jakob Schwarz	† Joh. Roller
Schmiedmeister.	Steinbruchbesitzer.

Kirchgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Bösingen-Hochdorf.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Samstag den 28. Mai 1921

in das Gasthaus z. „Rose" in Hochdorf freundlichst einzuladen.

Christian Kalmbach	Friedrike Katz
Sohn des	Tochter des
Christ. Kalmbach, Bauer	† August Katz
u. Fuhrmann, Bösingen.	Kassier in Hochdorf.

Kirchgang 1/2 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

2396

Nagold.

Frische Seefische

sind am **Freitag** zu haben bei

2438 **Fischer Lutz.**

Annahmestelle in Nagold:
W. Maier
bei Frau Essig, Wirtschaft zum z. Rad, Calwerstr.

1000 Stück geschlitzte

Zaunstecken

verkauft. 2436

Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

M.V.R. 8 U. Viol sonaten: i. F d. v. Händel, i. E m. u. G d. v. Mozart. 2441

Textbücher

zu

Faust I. Teil

und

Flachsmann als Erzieher

vorrätig bei

G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.

Nagold.

Fste. Essig-Gurken

p. Pfd. ℳ 5.—

Wein- u. Doppelessig

Spiritus, Petroleum

2434 bei

Hermann Knodel.

Zahltagstäschchen

mit und ohne Aufdruck liefert schnellstens **Buchdruckerei Zaiser** Nagold.
(Verlangen Sie Muster.)

Schwäbische Volksbühne.

Seminarturnhalle.

Samstag, den 28. Mai, abends 7 Uhr

„Faust" I. Teil

Eine Tragödie von Goethe.

Sonntag, den 29. Mai, nachmittags 3 Uhr

„Die gold'ne Eva"

Lustspiel in 3 Akten von
Franz v. Schönthan und Franz Koppel-Ellfeld.

Sonntag, den 29. Mai, abends 1/2 8 Uhr

„Flachsmann als Erzieher"

Komödie in 3 Aufzügen von Otto Ernst.

Montag, den 30. Mai, abends 1/2 8 Uhr

„Niobe"

Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal.

2400 **Preise der Plätze:** I. Platz ℳ 7.— II. „ ℳ 5.— III. „ ℳ 3.50

Vorverkauf
in der Buchhandlung Zaiser ab Mittwoch, 25. Mai.

2442 **Nagold**, den 25. Mai 1921.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter und Großmutter

Anna Maria Rentschler

erfahren durften, für die treue Pflege der Krankenschwestern, für die zahlreiche Leichenbegleitung, für die trostreichen Worte des Herrn Dekan am Grabe, sagen wir auf diesem Wege unsern innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

CHRISTIAN HERTER, Immobilien-Hypotheken
EBHAUSEN, Telefon 17.

Im Auftrag zu verkaufen: [2435

Ladengeschäft in Leonberg	**Preis Mk. 65 000**
Wohnhaus mit 42 ar Acker in Horb, geeignet für Schlosser oder Sattler	„ „ 45 000
Mühle im OA. Calw	„ „ 100 000
Wirtschaften in Pforzheim	zu Mk. 150 000, 110 000, 150 000
Wohnhaus in Altensteig, m. großem Garten, preiswert.	
Mühle m. Nebenbetrieben, gute Existenz	im OA. Calw Mk. 450 000
Wirtschaft u. Metzgerei in Leonberg	**Preis Mk. 115 000**
Wirtschaft in Rottenburg	„ „ 55 000
Landhaus in Hösen a. E.	„ „ 77 000

Hypothekenkapital für I. u. II. Hypotheken, Ankauf und Beleihung von bereits bestehend. Hypotheken, Darlehen.

Für Landwirte und Arbeiter

Zwirnhosen eisenstark,

zu 45.— Mk.

Fabrikniederlage: H. Kratzmüller, Pforzheim
Leopoldstr. 7 a. 2358

Alle Bücher

Musikalien, Lehrmittel usw.
Schulbücher, sowie sämtl. Schulartikel
liefert
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.